



WAHLEN

Woran soll man eigentlich noch glauben?

Sind unsere Politiker von allen guten Geistern verlassen?
von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Wer die aktuelle politische Diskussion nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hierzulande verfolgt, der muss schon ganz genau aufpassen, ob und welche Unterschiede er noch in den politischen Botschaften unserer beiden großen Volksparteien erkennen kann. Je nach Lage der Dinge ist man für eine Mehrwertsteuererhöhung, für die Abschaffung der Eigenheimzulage und für die Abschaffung der Pendlerzulage. Wenn man dann merkt, dass dabei das „Eis unter den Füßen“ schmilzt, weil die „politischen Gegner“ das sogar mitmachen würden, dann ist man rasch wieder dagegen und erklärt die (nicht mehr erwähnte) eigene Forderung zum politischen Unsinn.

Man erklärt auf der einen Seite, die Steuern senken zu wollen (für wen eigentlich?) und dann stellt man aber sofort fest, dass die Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben nicht mehr ausreichen.

Keine Verantwortung

Vor allem eines ist festzustellen, Niemand ist für irgendwas verantwortlich! „Wer Glaubwürdigkeit erwerben will, muss eigene Fehler eingestehen und korrigieren. Wer dazu nicht bereit ist, muss gehen“, schrieb dazu der ehemalige SPD-Landesvorsitzende U. Maurer dem SPD-Bundesvorstand. Darüber sollten sicher einige Damen und Herren in allen Parteien einmal nachdenken. Denn, es liegt immer am System, wenn die Renten oder die Pensionen nicht mehr sicher sind. Vielleicht noch daran, dass wir immer älter werden! Das war es dann aber auch schon. Wer hat denn die Alterssicherungssysteme erfunden? Wer hat die Rentenkasse zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung missbraucht? Wer hat „vergessen“ für die große Zahl der Beamtinnen und Beamten Rücklagen zu bil-

den? Das sind genau diejenigen gewesen, die im Bundestag und den Länderparlamenten im Auftrag ihrer Wählerinnen und Wähler die Politik bestimmt haben. Wenn unser (Noch-)Bundesinnenminister in einer Pressemitteilung zum Versorgungsnachhaltigkeitsgesetz erklärt, dass die durch die Kürzung der Beamtenpensionen frei werdenden Mittel die öffentlichen Haushalten entlasten und die (nur in geringem Umfang vorhandenen) Versorgungsrücklagen von Bund und Ländern aufstocken sollen, dann wird doch das Dilemma sehr deutlich. Entweder entlastet man die öffentlichen Haushalte, indem man Geld, das man gar nicht hat, auch nicht ausgibt. Oder man stockt die Versorgungsrücklagen auf. Wo bitte soll dieses Geld aber wohl her kommen? Sicher nicht vom Kreditmarkt?

Wahlen

Wir Baden-Württemberger dürfen im nächsten Jahr jetzt gleich zwei Mal wählen. Gegen die Bundesregierung und gegen die Landesregierung? Wer der Bundesregierung vorwirft, dass sie abgewirtschaftet habe, der muss diesen Vorwurf in gleichem



Josef Schneider

Maße auch gegenüber der Landesregierung erheben. Nachdem die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen die SPD dort nach 39 Jahren abgewählt haben, würde sich diese Schlussfolgerung auch in Baden-Württemberg sicher mal anbieten.

Immer mehr von uns bekommen nicht mehr genug!

Nicht dass wir nicht dankbar wären. Ganz im Gegenteil. Wir wissen, dass es nicht selbstverständlich ist, ein unkündbares Arbeitsverhältnis zu haben. Wir wissen, dass es ein gutes Gefühl erzeugt, wenn man jeden Monat sein Geld bekommt. Nur immer mehr von uns bekommen nicht mehr genug, um ihren Lebensstandard halten zu können. Wer seine Stromrechnung ansieht (leider haben wir keine verbilligte Bezugsquelle wie ein gewisser Laurenz Meyer), wer an die Tankstelle fährt, wer sein Gemüse selbst einkauft, der merkt ganz einfach, dass unsere Nettoeinkommen deutlich an Kaufkraft verloren haben. Dies alles werden wir sicher im nächsten Bericht

des Landtagspräsidenten wieder lesen, wenn es darum geht, die Diäten unserer Volksvertreter den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Wäre es also nicht mehr als gerecht, wenn dieser Kaufkraftverlust für alle mit den jährlichen Einmalzahlungen, die im Tarifvertrag in Potsdam im Februar dieses Jahres vereinbart wurden, auch den Beschäftigten des Landes zu Gute kommen würden? Weit und breit ist aber kein Silberstreif zu erkennen.

Streichorgie – alle nehmen nur . . .

Wir merken uns also: Die „Rot-Grünen“ im Bund haben unsere Pensionen gekürzt! Die „Schwarz-Gelben“ im Land haben uns das Urlaubsgeld gestrichen. Die „Rot-Grünen“ im Bund haben die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage abgeschafft. Die „Schwarz-Gelben“ im Land haben unser Weihnachtsgeld gekürzt. Die „Rot-Grünen“ im Bund wollen im Verein mit dem Deutschen Beamtenbund und ver.di durch eine Dienstrechtsreform langfristig das Niveau unserer Einkommen und Pensionen weiter senken. Die „Schwarz-Gelben“ im Land haben unsere Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 41 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht und sie sind offenkundig nicht bereit, den Tarifaabschluss von Bund und Kommunen für das Land zu übernehmen. Damit werden die Beschäftigten des Landes von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Kleineres Übel – was ist das?

Wen sollen wir also wählen? Immer das „kleinere Übel“? Aber welche Partei ist das im Zweifelsfall? Sollen wir gar nicht wählen? Diese Empfehlung will ich nicht abgeben – natürlich auch

keine Empfehlung für irgendeine Partei. Dies verbietet richtigerweise schon unsere Satzung. Eines scheint mir aber heute schon sicher zu sein. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler wird immer geringer werden – insbesondere deshalb, weil sich niemand mehr um die Problem der „kleinen Leute“ kümmert, weil Solidarität mittlerweile wirklich ein Fremdwort ist. Das neue

Lebensmotto ist „Jeder für sich“ und „Geiz ist geil“! Das wird letztlich nicht gut gehen. Wir bei der Polizei dürfen dann die ganze „Sch.....“ wieder ausbaden – wie immer.
josch



REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „August 2005“ ist Freitag, der 8. Juli 2005, und für die „September-Ausgabe 2005“, Freitag, der 5. August 2005.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg
GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
freecall: 08 00 / 13 26 000
Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Bezirkspersonalrat der Polizei,
Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6381

VORBEREITUNGSSEMINAR

GdP-Jugendfreizeit

Liebe Leserinnen und Leser. Alle Jahre wieder . . . kommt nicht nur Weihnachten sondern auch die GdP-Jugendfreizeit. Sie wird auch dieses Jahr, bereits zum 12. Mal, in Markelfingen am Bodensee stattfinden.

Aus diesem Anlass wurde vom GdP-Landesjugendvorstand vom 30. 5. bis 1. 6. das diesjährige Vorbereitungsseminar auf dem Kandblick bei Vöhrenbach veranstaltet. Hier trafen sich 19 hochmotivierte Kolleginnen und Kollegen um wieder ein interessantes Rundumprogramm zu erarbeiten.

Neben den bewährten Programmpunkten wird dieses Jahr als besonderes High-Light der Hochseilgarten in Immenstaad am Bodensee besucht. Mit Helm und Sicherungsgurt werden wir uns durch die verschiedenen Parcours des Abenteuerparks schwingen.

Sehr erfreut hat uns die Tatsache, dass die GdP-Jugendfreizeit



„Es kann losgehen . . .“ Unser Bild zeigt die Betreuerinnen und Betreuer der GdP-Jugendfreizeit.

sowohl bei den Kindern als auch bei den Eltern nicht an Anziehungskraft verloren hat und wir dieses Jahr schon zum Abschluss des Vorbereitungsseminars eine ausgebuchte Freizeit vermelden können.

In den nächsten Tagen werden bei allen teilnehmenden Kindern

die Informationsbroschüren zur Jugendfreizeit eingegangen sein und somit freuen wir uns am Freitag, 29. 7. 2005, alle Kids im Camp begrüßen zu dürfen.

Ralf Breitenberger
Stellv. Landesjugendvorstand

„Urlaubsgeld von deiner GdP!“

5% Rückerstattung des Reisepreises bei allen Pauschalreisen, die beim Sozialwerk der Polizei GmbH gebucht werden – nur für GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen.

Ruft an 07042 / 879-0

Mitgliedschaft in der GdP zahlt sich aus!!!!

CHANGENGLEICHHEIT

Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes erfolgt!

Seit Jahren fordert der Landesfrauenvorstand die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes, nun soll diese Forderung mit einem „neuen“ Gesetz in die Tat umgesetzt werden.

Für unsere Frauenvertreterinnen und Kolleginnen in den Dienststellen forderte der Landesfrauenvorstand:

- eine gesetzlich verankerte Freistellungsregelung
- eine Hauptfrauenvertreterin der Polizei sowie ein Stufenverfahren
- eine Präzisierung der Aufgaben
- Teilnahmerecht an allen Personalauswahlgesprächen
- Eine Zulage für die Zeit der Amtsausübung
- Klärung des Konflikts der Verfolgungspflicht nach den §§ 163 und 152 StPO

Der Entwurf des neuen Gesetzes folgt diesen Forderungen nur im geringen Umfang.

Beauftragte für Chancengleichheit

Das neue Chancengleichheitsgesetz hat sich weitestgehend von der Begrifflichkeit der Frauenförderung verabschiedet und sich dem Gedanken des Gender Mainstreaming genähert, aus diesem Grund werden aus Frauenvertreterinnen Beauftragte für Chancengleichheit, aus Frauenförderplänen Chancengleichheitspläne und aus dem Landesgleichberechtigungsgesetz das Chancengleichheitsgesetz.

Unwesentliche Verbesserungen

- Inhaltlich verbessert sich die Lage der Beauftragten für Chancengleichheit nur unwesentlich.
- Die Installierung einer Hauptbeauftragten für Chancengleichheit ist nicht vorgesehen
 - Die in die Regierungspräsidien eingegliederten LPD'en behalten zwar auf Grund des heftigen



Dagmar Hölzl

- Widerstands, auch der GdP, ihre Frauenvertreterinnen, diese heißen jetzt fachliche Beraterinnen. Die Rechtsstellung dieser fachlichen Beraterinnen ist weitestgehend ungeklärt.
- Eine gesetzliche Regelung zur Ausstattung und Entlastung der Beauftragten für Chancengleichheit von den Dienstaufgaben ist nur schwammig getroffen
- Die vorgesehene Regelung zur Teilnahme an Personalauswahlgesprächen führt zur Aus-

grenzung der Beauftragten für Chancengleichheit, da sie immer dann nicht teilnehmen darf, wenn eine weibliche Person außer der Bewerberin am Gespräch teilnimmt

Positiv sind folgende Punkte anzumerken:

- Es findet sich eine Begriffsdefinition für Begriffe wie „Familienpflichten“ und „frühzeitige Beteiligung“ im Gesetz
- Telearbeit wird ausdrücklich als mögliches Arbeitszeitmodell vorgesehen
- Das Bestellungsverfahren wurde vereinfacht

Die GdP hat zum Entwurf des neuen Chancengleichheitsgesetzes eine Stellungnahme abgegeben, in der deutlich die Kritikpunkte herausgearbeitet wurden. Wir sind sehr gespannt, ob das Gesetz vor seiner Verabschiedung im Landtag noch eine Verbesserung erfährt.

Dagmar Hölzl, Vorsitzende Landesfrauenvorstand

GEHALTSENTWICKLUNG

300 Euro Einmalzahlung gefordert!

Polizeibeschäftigte dürfen nicht von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden!!

Der Landesvorsitzende Josef Schneider fordert Ministerpräsident Günther Oettinger in einem Brief auf im Land Baden-Württemberg so zu verfahren wie im Bund. Das Bundeskabinett hat vor wenigen Tagen dem von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegten Entwurf eines Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes

und dem 3. Versorgungsbericht zugestimmt.

Dieser Gesetzentwurf sieht auch die Übertragung der tariflichen Einmalzahlung in Höhe von jeweils 300 Euro in den Jahren 2005 bis 2007 für die Beamtinnen und Beamten des Bundes vor. Die Länder erhalten die Möglichkeit, über die Gewährung von Einmalzahlungen in diesen Jahren selbst zu entscheiden.

„Wir erwarten weiter“, so der Landesvorsitzende, dass das Land Baden-Württemberg den am 9. 2. 2005 abgeschlossenen Tarif-

vertrag für den öffentlichen Dienst übernimmt.

Es ist für Polizeibeschäftigte in BW nicht hinzunehmen, dass ihnen ständig neue Aufgaben und Mehrarbeit übertragen werden, ihnen zusätzlich noch eine Urlaubssperre angekündigt wird und gleichzeitig ihr Arbeitgeber bisher nicht bereit ist, den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu übernehmen und damit den Tarifbeschäftigten und den Beamtinnen und Beamten für die Jahre 2005 bis 2007 jegliche finanzielle Perspektive verweigert.

Wosch

NACHRUF

Freiburg PD:
Lothar Armbrust, POK a. D.,
 71 J.
Rudolf Eckert, PHM a. D., 90 J.
Olga Volk, Anschlussmitglied,
 89 J.
 Karlsruhe PP:
Günter Hirsch, 66 J.
 Pforzheim:
Susanne Klamandt, POM'in,
 32 J.
 A. B.

Neue GdP-Kreisgruppe „Rastatt/Baden-Baden“ gegründet

Fusion der Kreisgruppen Rastatt und Baden-Baden

Nachdem am 1. 1. 2005 die Polizeidirektionen Rastatt und Baden-Baden zusammengelegt wurden, fand am 10. 5. 2005 in den Räumen des Hundesportvereins Steinbach eine gemeinsame Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppen Rastatt und Baden-Baden statt. Gast dieser Versammlung, deren Ziel es war, die beiden Kreisgruppen zu fusionieren, war der stellvertretende Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner.



Vorstand der neugegründeten Kreisgruppe Rastatt / Baden-Baden.

Nach dem Bericht der beiden Kreisgruppenvorsitzenden, Gerd Weißbecher und Paul Haußmann, wurde Rüdiger Seidenspinner gebeten, die Versammlungsleitung zu übernehmen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die beiden ehemaligen Kreisgruppen Rastatt und Baden-Baden aufgelöst und die neue

GdP-Kreisgruppe Rastatt/Baden-Baden gegründet.

Im Anschluss an die Neugründung wurde der neue Vorstand der Kreisgruppe Rastatt/Baden-Baden gewählt.

Kreisgruppenvorsitzender ist Paul Haußmann. Zu dessen Stellvertretern wurden Norbert Schreiner, Hans-Jürgen Ams und

Roland Wagner gewählt. Leider war es Roland Wagner aus zwingenden persönlichen Gründen nicht möglich, die Versammlung zu besuchen, weshalb sein Einverständnis, das neue Amt zu übernehmen, schriftlich vorlag.

Nach den Neuwahlen des satzungsgemäßen Vorstandes zeigte R. Seidenspinner in knappen

Zügen einige Misstände auf, die uns in Zukunft erwarten, bevor er, zusammen mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Kreisgruppe Rastatt, die noch ausstehenden Ehrungen für 25-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP vornehmen durfte.

TERMINE

Sammlerbörse

Es ist wieder soweit. Am 17. September 2005, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, findet in der Halle

des Polzeisportvereines Freiburg, Lörracher Str. 20, die Internationale Tausch- und Sammlerbörse

für Polizei-Effekten, Kopfbedeckungen, Ausrüstungen u. a. statt.

Anmeldung ist erforderlich bei J. Matyschok, Hofackerstr. 80a,

79110 Freiburg, Tel. tagsüber: 07 61/8 82-37 02, Fax: 07 61/8 82 37 09, Tel. ab 17 Uhr: 07 61/89 11 12

wosch

FAMILIENZUSCHLAG

Anspruch auf Mehrbesoldung

Stuttgart. Wie schon mehrfach berichtet fand im Rahmen der Kooperation von GdP, DPoIG und BDK am 24. Februar 2005 im Staatsministerium in Baden-Württemberg ein Gespräch über den Anspruch auf Mehrbesoldung von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern (BVerfG und BVerwG Urteile) statt. Das Land und der Bund wurden dabei zu entsprechenden Nachzahlungen (höherer Familienzuschlag) verpflichtet.

Nachfolgend veröffentlichen wir einen Brief aus dem Staatsministerium Baden-Württemberg mit der weiteren Verfahrensweise. „Sehr geehrte Herren, in unserem Gespräch am 24. 2. 2005 hatten Sie unter anderem die Besoldung kinderreicher Beamter und die in diesem Zusammenhang ergangenen Urteile angesprochen.

Vereinbarungsgemäß habe ich mich in dieser Angelegenheit an

das Finanzministerium gewandt. Die Stellungnahme des Finanzministeriums liegt mir zwischenzeitlich vor.

Danach war das Urteil des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe vom 26. 1. 2005 Gegenstand einer Besprechung im Arbeitskreis der Länder für Besoldungsfragen. Bund und Länder waren übereinstimmend der Auffassung, dass dieses Urteil nicht im Einklang mit der Entscheidung des Bun-

desverfassungsgerichtes vom 25. 11. 1998 steht.

Das Finanzministerium wurde vom Arbeitskreis deshalb gebeten, gegen dieses Urteil des Verwaltungsgerichtes einen Antrag auf Zulassung der Berufung zu stellen. Entsprechend wird nach Auskunft des Finanzministeriums bei weiteren Urteilen auf verwaltungsgerichtlicher Ebene vorgegangen.

Nach Mitteilung des Finanzministeriums haben zwischenzeitlich über 400 Beamte und Richter des Landes mit mehr als zwei Kindern, unter Hinweis auf die bekannte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, Klagen eingereicht.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf eine noch größere Anzahl nicht beschiedener An-

träge neueren Datums, wurde das Landesamt für Besoldung und Versorgung vom Finanzministerium angewiesen, in den anstehenden Verfahren (Klagen) und bei den vorliegenden Anträgen auf höheren Familienzuschlag die Verfahren ruhen zu lassen, bis der Rechtsstreit zu dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe erledigt ist.

Im Ergebnis folgt das Finanzministerium damit dem Verfahrensvorschlag im Musterwiderspruch, der von der Kooperation der Polizeigewerkschaften erarbeitet wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Strampfer,
Ministerialdirigent“

wosch

SENIORENARBEIT

„GdP-Seniorenrat Breisgau“ gegründet

Für eine bessere Seniorenarbeit hat sich die GdP im südbadischen Breisgau gerüstet: Es wurde ein Seniorenrat gegründet, in dem die Vertreter der Kreisgruppen Freiburg PD, Freiburg – LPD, AkadPol und Emmendingen sitzen. Das Gremium soll die Seniorenarbeit gemeinsam voranbringen, koordinieren und sogenannte Synergieeffekte erreichen.

Die immer größer werdende Bedeutung des Alterwerdens, einer sinnvollen Lebensgestaltung und die Probleme der zukünftigen Altersversorgung in diesem sogenannten dritten Lebensabschnitt haben „Jungpensionär“ H. Werner Fischer von der KG Freiburg – LPD – inspiriert, im Großraum Freiburg/Emmendingen einen Arbeitskreis

der Seniorenvertreter der dortigen Kreisgruppen zu gründen. Nicht zuletzt war die Teilnahme am erstmals durchgeführten Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ des Landesbezirks im Herbst des vergangenen Jahres die Initialzündung dafür. Das dort vorgestellte brandneue „Aktivprogramm für Senioren (APS)“ der Bundes-GdP gab eine Fülle von Hinweisen und Anregungen für die Seniorenarbeit vor Ort. Dies will der neu gegründete Seni-



Der neue „Seniorenrat Breisgau“ der Kreisgruppen im Großraum Freiburg/Emmendingen: (v. l. n. r.) Herbert Waldberg (KG Emmendingen), Bernhard Nägele (KG AkadPol), H. Werner Fischer (KG Freiburg – LPD), Erwin Müller, Bernhard Eisert, Karlheinz Faller (alle KG Freiburg – PD)
Bild: H. W. Fischer

orenrat Breisgau nun Zug um Zug umsetzen.

In der konstituierenden Sitzung des Gremiums befasste man sich insbesondere mit den Vorbereitungen für die Landesseni-

orenkonferenz am 27. September 2005 in Stuttgart. So einigte man sich auf verschiedene Anträge und besprach auch Personalien für die Vorstandswahl.

hwf

Polizei – Garant für die Sicherheit der Bürger

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Tuttlingen

Im Frühjahr 2005 fand im Schulungsraum des Spaichinger Polizeireviere die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Tuttlingen, statt. Viele Aktive und ehemalige Kollegen folgten der Einladung zur Hauptversammlung. Vorsitzender Ludwig Frech konnte im ehemaligen „Oberamt“ unter den Mitgliedern als Gäste Herrn MdL Franz Schuhmacher (CDU), den Landesvorsitzenden der GdP, Josef Schneider, sowie den Leiter der Polizeidirektion Tuttlingen, Polizeidirektor Ralf Thimm, den Leiter der Kriminalpolizei KOR Vogel, den Personalratsvorsitzenden und langjährigen Vorsitzenden der GdP Kreisgruppe Tuttlingen, Karl Käfferlein, sowie als Hausherrn und Leiter des Polizeireviere, EPHK Herbert Martin, begrüßen.

Josef Schneider referierte über derzeit brennende Themen, wobei er bei den jeweiligen Problemschilderungen die anwesenden Mitglieder und Gäste wieder besonders durch seine Sachlichkeit „erreichen“ konnte. In seinem Vortrag zog sich das Thema Neueinstellungen wie ein roter Faden durch alle Bereiche.

Die kommende Pensionierungswelle harmoniere bei 150 Neueinstellungen und 5400 Bewerbern in keinsten Weise.

Naturgemäß haben die Gewerkschaften zu vielen Problemfeldern eine völlig andere Sichtweise, aber derzeit regiere wohl das Finanzministerium die Politik und hierbei auch in der Sicherheitspolitik.

Franz Schumacher, MdL (CDU-Fraktion), warb als Abgeordneter des Landkreises ebenfalls sehr sachlich um Verständnis für die Haushaltslage des Landes und die dadurch auch für die Polizeibeschäftigten erforderlichen finanziellen Einschnitte. Er streifte in seinen Ausführungen als Wirtschaftsexperte der CDU-Fraktion die globalen wirtschaftlichen Veränderungen, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland bereits heute enorm zusetzen.

Als Dank für seinen Vortrag überreichte der Vorsitzende den traditionellen Blaulichtwein.

In der Diskussion der Berichte wurde deutlich, dass die Polizisten im Land keinesfalls in dieselbe Schublade gesteckt werden

wollen, wie pauschal die „Beamten“.

Ihrem Auftrag zufolge setzen sie sich auch oft unter dem Aspekt lebensgefährlicher Einsätze stets für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung ein und sind auch hier sehr oft an ihren Grenzen der Belastbarkeit, sowohl im gesundheitlichen als auch im personellen Bereich angelangt.

Die stets hervorragende Arbeit mit einer der besten Aufklärungsquoten im Land führen die Polizisten der Politik gegenüber an, um dieser deutlich zu machen, dass die Sicherheit, die dem Bürger immer wichtig war und ist, nicht zum Nulltarif aufrecht zu erhalten ist.

Die Einsparungen im Personalbereich, sowohl bei den Angestellten als auch bei den Beamten der Polizei in den nächsten Jahren sind geradezu kontraproduktiv für die Innere Sicherheit im Land und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen. Im Übrigen kann das Sicherheitsdefizit sicher auch nicht durch

das „boomende“ Sicherheitsgewerbe ausgeglichen werden. Der Garant für die Innere Sicherheit ist und bleibt die Polizei.

Die gesamten polizeispezifischen Problemstellungen wurden in der Diskussion wie auch in den beiden Referaten thematisiert.

Der Geschäftsbericht, der durch den Vorsitzenden verlesen wurde, zeigte die vielfältigen Aktivitäten des Kreisgruppenvorstands im vergangenen Jahr auf.

Der leicht mit einem Plus abgeschlossene Kassenbericht wurde

Roger Denking (PD Tuttlingen) und Hans-Jürgen Ott (PR Tuttlingen) geehrt.

Ein interessanter Beitrag der Herren Reichert und Kompalla von der Signal-Iduna fand bei den anwesenden Mitgliedern großes Interesse, zumal Informationen über die „Alters- und Gesundheitsversorgung“ derzeit auch bei den Polizeibeamten brennend interessieren, da sich das Land Baden-Württemberg als potenzieller Arbeitgeber ebenfalls immer mehr zurückzieht.



v. l. n. r.: Karl Käfferlein, Josef Schneider und Ludwig Frech.

vom Kassier Jürgen Thieringer vorgetragen, dem die Kassenprüfer Herbert Martin und Peter Nürnberger eine lückenlose und ausgezeichnete Kassenführung bescheinigten.

Der Landesvorsitzende Josef Schneider und Kreisgruppenvorsitzender Ludwig Frech ehrten langjährige Mitglieder für ihre Treue in einer demokratischen Gewerkschaft.

Für 40-jährige Mitgliedschaft wurde Heinz Spanier (Pensionär) und Karl Käfferlein (Personalratsvorsitzender) mit einer Urkunde des Landesverbandes und einem Geschenkkorb der Kreisgruppe geehrt. Für 25-jährige Treue wurden Gerhard Bitsch, Ferdinand Frech und Achim Lewedey (alle PR Spaichingen),

Wie immer waren die Teilnehmer auf die traditionelle Tombola gespannt, bei der es wieder viele Preise für die Anwesenden zu gewinnen gab. Fortuna Sibylle Ober zog in diesem Jahr ausgerechnet für den Vorsitzenden Ludwig Frech den Hauptpreis (Tingle Menü). Den zweiten Preis gewann Brunhilde Christel (Ticket Box) und den dritten Preis Gerhard Wank (2 Eintrittskarten für den Polizeiball).

Der Kreisgruppenvorstand, der alle Mitglieder und Gäste logistisch in Eigenregie wieder hervorragend versorgte, war mit der Veranstaltung mehr als zufrieden.

Achim Lewedey
Schriftführer
Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Tuttlingen



Ihr Zugang zu einer günstigeren Welt...



Kroatien – Perle der Adria

8-tägige Erlebnisreise vom 28.09. bis 5.10.2005

Unsere Reise führt Sie in eine der schönsten Gegenden Kroatiens, der Makarska Riviera. Hier erwarten sie kilometerlange Sandstrände, smaragdgrüne Buchten, Dörfer, die wie Schwalbennester an der Steilküste kleben, und eine bewegte Geschichte.

1. Tag: Deutschland – Split

Flug von Stuttgart nach Split. Begrüßung durch die Reiseleitung und Transfer zum Hotel.

2. Tag: Split (fakultativ)

Fahrt entlang einer der schönsten Küstenteile Kroatiens, der „Makarska Riviera“ nach Split. Während einer Stadtführung in Split werden Sie die 1.700 Jahre alte Römerstadt mit dem Diokletianpalast kennen lernen. Danach können Sie auf eigene Faust die Innenstadt erkunden.

3. Tag: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung.

4. Tag: Omis Cetina (fakultativ)

Omis, die alte Piratenstadt liegt am Ufer der Mündung des Flusses Cetina unweit einer malerischen Felsenschlucht im Kalksteingebirge. Sie unternehmen eine Bootsfahrt flussaufwärts bis Radmanove Mlinice.

5. Tag: Dubrovnik (fakultativ)

Fahrt entlang der Adria Küstenstraße nach Dubrovnik. Die alte, von mächtigen Mauern und Wehrtürmen umgebene Stadt, ist gleichzeitig eine Schatzkammer einzigartiger Architektur und unschätzbaren Kunstwerke, die viele Jahrhunderte überdauert haben.

6. Tag: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung.

7. Tag: Land und Leute (fakultativ)

Ihre Fahrt führt auf die Halbinsel Peljesac, die berühmt für ihren Weinanbau und endlose Weinberge ist. Auf einer Eselsfarm haben Sie die Möglichkeit, auf einem Esel zu reiten, danach genießen Sie dalmatinischen Schinken, Käse und hausgemachten Wein.

8. Tag: Split – Deutschland

Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Stuttgart.

Dubrovnik



Preis pro Person im DZ 515,00 Euro
 im EZ 615,00 Euro
Ausflugspaket 175,00 Euro
Flugzuschlag ab Stuttgart 30,00 Euro

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen
Fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an!

Neuer SERVICE beim Sozialwerk

Mit der kommenden Ausgabe der SternZeit am 1. Sept. 2005 bieten wir Ihnen einen neuen Service – günstige Kleinanzeigen, in denen Ferienwohnungen oder – Häuser angeboten werden können. Von Kollegen für Kollegen und unsere Kundenkartenbesitzer. **Interesse? Für nähere INFO: 07042/879-0.**

Sommerangebot – Hotel Hubertus

gemütlich, sportlich, familiär



- 7 mal Übernachtung-Frühstücksbuffet und Abendessen mit Menüauswahl
- 1 mal geführte Alm-Wanderung, 1 mal Nordic Walking mit Trainer
- jeden Tag ein kulinarischer Hit
- 1 mal Kaffee und Kuchen, 1 mal Buffet
- 1 mal Unterhaltungsabend mit Livemusik

Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an!
 pro Person im Doppelzimmer

ab Euro 297,00

COSTA MARINA

31. Oktober bis 10. November 2005



Costa Marina

„AUF HERRLICHEN ROUTEN NEULAND IM MITTELMEER ENTDECKEN“

Savona – Civitavecchia(Rom) – Palermo – Tunis – Gabes – Tripolis – La Valletta – Messina – Neapel – Cagliari – Savona

Preisbeispiele:

Zweibett – Innen	p. P.	nur Euro	895,-
Zweibett – Außen	p. P.	nur Euro	935,-
3. & 4. Gast in der selben Kabine	p. P.	nur Euro	695,-
Kinder & Jugendlicher (bis 18 Jahre)		nur Euro	135,-
Bus An/Abreise ab vielen deutsche Großstädten		nur Euro	100,-

Wir beraten Sie gerne bei Ihrer Kreuzfahrt-Planung. Rufen Sie uns an oder fordern Sie einfach unsere ausführlichen Unterlagen an!



24. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung am 19. Juli 2005 in Sindelfingen



„Jugend und Gruppengewalt - ein Phänomen unserer Zeit?“

Feindbilder und Gewaltbereitschaft der Jugend

- Ursachen
- Gewalt gegen Polizeibeamtinnen
und Polizeibeamte
- Auswirkungen und Strategien
der Polizei

Tagungsort: 71046 Sindelfingen - Stadthalle
Zeitpunkt: Dienstag, 19. Juli 2005
Beginn: 09.30 Uhr
Eingeladen sind: alle Kolleginnen und Kollegen

Ablauf der Tagung:

09.30 Uhr	Eröffnung und Begrüßung Einführung in die Tagungsproblematik <i>Rüdiger Seidenspinner</i> Stv. Landesvorsitzender GdP-BW
10.00 – 10.30 Uhr	Grüßworte Position der Gewerkschaft der Polizei zur Gewaltkriminalität <i>Konrad Freiberg</i> Bundesvorsitzender der GdP
10.30 – 11.30 Uhr	Referat „Individuum – Gruppe – Gesellschaft Personale und soziale Bedingungen von Jugendgewalt“ <i>Dirk Baier</i> Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
11.30 – 12.30 Uhr	Referat „Jugend- und Gruppengewalt – ein Phänomen unserer Zeit?“ Feindbilder und Gewaltbereitschaft der Jugend <ul style="list-style-type: none"> - Ursachen - Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte - Auswirkungen und Strategien der Polizei <i>Heribert Rech MdL</i> Innenminister Baden-Württemberg
12.30 – 14.00 Uhr	Mittagspause
14.00 – 16.00 Uhr	Podiumsdiskussion Moderation: <i>Thomas Denzel</i> , Journalist SWR-Fernsehen Teilnehmer: <i>Ute Vogt, MdB</i> Staatssekretärin, BMI <i>Konrad Freiberg</i> , Bundesvorsitzender der GdP <i>Erwin Hetger</i> , Landespolizeipräsident, Innenministerium BW <i>Dirk Baier</i> , Diplom-Soziologe KFN <i>Gernot Blessing</i> , Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Stuttgart <i>Matthias Steinmann</i> Kirchenrat (Polizeipfarrer) Stuttgart
gegen 16.15 Uhr	Schlusswort: <i>Rüdiger Seidenspinner</i> Stv. Landesvorsitzender GdP-BW